



## Ägypten

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
96 Millionen	Muslime	90 %
	Christen	10 %

### Demokratie mit diktatorischen Zügen

Nach dem Sturz des langjährigen Regimes von Husni Mubarak im Januar 2011 durchlebte Ägypten einige turbulente Jahre. Die ersten freien Parlamentswahlen Ende 2011 bis Anfang 2012 führten zu einem deutlichen Sieg islamistischer Parteien, die vor allem durch die islamistischen Bewegungen der Muslimbruderschaft und der Salafisten gegründet worden waren. Aus der ersten freien Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2012 ging Mohammed Mursi, ein Vertreter der Muslimbruderschaft, als Sieger hervor. Am 30. Juni 2012 wurde er vereidigt. Die Mursi-Regierung zeigte sich aber unfähig, die massiven wirtschaftlichen Probleme des Landes wirksam zu bearbeiten. Ihre Prioritäten lagen vielmehr in einer raschen Islamisierung von Politik und Gesellschaft. Im Laufe des Jahres 2013 nahmen die Proteste der Bevölkerung gegen die Regierung von Präsident Mursi zu, vor allem gegen seine Wirtschaftspolitik und seinen als autoritär empfundenen Regierungsstil. Aber auch die Anhänger der Mursi-Regierung gingen in großer Zahl auf die Straße, um für die Regierung zu demonstrieren. Zwischen den Anhängern und den Gegnern Mursis kam es immer wieder zu teils heftigen Zusammenstößen. Die Polizei ging hart und energisch gegen Demonstranten vor. Bei diesen Auseinandersetzungen gab es auch zahlreiche Todesopfer. Nach tagelangen Massenprotesten von Millionen von Ägyptern wurde Mursi am 3. Juli 2013 durch das ägyptische Militär abgesetzt.

Während große Teile der Bevölkerung die Absetzung der Mursi-Regierung begrüßten, kam es zu heftigen Protesten der Mursi-Anhänger, die von der neuen Militärregierung blutig niedergeschlagen wurden. Dabei gab es Hunderte von Todesopfern, Tausende Anhänger der Muslimbruderschaft wurden verhaftet und zum Teil in Schnellprozessen zum Tod verurteilt. Im Zuge der Unruhen kam es im August 2013 auch zu zahlreichen Anschlägen auf Kirchen, Klöster, christliche Schulen und andere kirchliche Einrichtungen. Vertreter der Muslimbruderschaft hatten die Christen im Land beschuldigt,

für den Sturz der Mursi-Regierung mitverantwortlich zu sein, und so den Hass auf die Christen geschürt. Dutzende christliche Kirchen wurden durch Brandanschläge beschädigt, auch zahlreiche Wohnhäuser und Geschäfte von Christen wurden angegriffen, in Brand gesteckt oder geplündert. Betroffen waren vor allem Gemeinden in den oberägyptischen Städten Minya, Assiut und Fayum.

Bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2014 wurde der frühere General und Oberbefehlshaber der ägyptischen Streitkräfte, Abdel Fattah al-Sisi, mit großer Mehrheit zum neuen Präsidenten gewählt, am 8. Juni 2014 trat er sein Amt an. Seitdem führt er das Land mit harter Hand gegenüber politischen Gegnern und der Zivilgesellschaft. Mehrere Gesetze wurden verschärft, Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wurden stark eingeschränkt. Menschenrechtsorganisationen berichten von einer erheblichen Verschlechterung der Menschenrechtslage und werfen der Regierung vor, Tausende Regierungskritiker inhaftiert zu haben. Bei den Präsidentschaftswahlen im März 2018 wurde al-Sisi mit 97 Prozent Zustimmung (bei einer Wahlbeteiligung von knapp 42 Prozent) im Amt bestätigt. Allerdings hatte al-Sisi auch keinen ernsthaften Konkurrenten. Mehrere Präsidentschaftsbewerber waren im Vorfeld verhaftet oder durch politischen Druck zum Aufgeben gebracht worden.

Die wirtschaftlichen Nöte großer Teile der Bevölkerung, die Anfang 2011 zum Sturz des Mubarak-Regimes geführt hatten – der Ruf nach Brot, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit bestimmte damals die Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz in Kairo – sind bis heute noch nicht behoben, wenngleich die Regierung mit der „Egypt Vision 2030“ einen ambitionierten Entwicklungsplan vorgelegt hat. Die Bevölkerung braucht dringend deutliche Verbesserungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich: Arbeitsplätze, vor allem für die junge Generation; bessere Schulen; mehr soziale Gerechtigkeit und wirksame Bekämpfung der verbreiteten Korruption. Die Lage bleibt daher weiterhin angespannt.

Zu kämpfen hat das Land auch mit islamistischem Terrorismus. Der „Islamische Staat“ (IS) hat mehrfach schwere Anschläge verübt. Bei Selbstmordanschlägen auf zwei koptische Kirchen in Alexandria und in Tanta am 9. April 2017 wurden 45 Menschen getötet und über 100 verletzt. Staats-

präsident al-Sisi verhängte daraufhin den Ausnahmezustand. Dieser wurde im Juli und Oktober 2017 und im Januar 2018 jeweils um drei Monate verlängert. Trotzdem kam es zu weiteren Anschlägen. Der schwerste unter ihnen traf im November 2017 eine Sufi-Moschee im Nordsinai und raubte mehr als 300 Menschen das Leben.

### **Islam ist Staatsreligion**

Im Januar 2014 trat nach einer Volksabstimmung eine neue Verfassung in Kraft. Im Vergleich zu früheren Verfassungen weist sie einige Verbesserungen auf, so fordert sie zum Beispiel die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Folter und Menschenhandel sind nach dieser Verfassung verboten. Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit werden durch die Verfassung garantiert. Christen und Juden erhalten mehr Autonomie. Politische Parteien „auf religiöser Grundlage“ werden nicht mehr zugelassen. Einzelne Grundrechte können jedoch durch einfache Gesetze wieder eingeschränkt werden, wovon die Regierung unter al-Sisi regen Gebrauch macht.

Der Islam ist Staatsreligion in Ägypten (Artikel 2). Die Prinzipien des islamischen Rechts, der Scharia, gelten als hauptsächliche Quelle der Gesetzgebung. Der ägyptische Verfassungsgerichtshof ist dafür zuständig, die Konformität aller staatlichen Gesetze mit der Scharia zu überprüfen.

In der Präambel der Verfassung wird Ägypten als „Wiege der Religionen“ bezeichnet, gemeint sind die „drei Offenbarungsreligionen“, also Judentum, Christentum und Islam. Als Vertreter des Judentums wird Mose erwähnt mit seiner Gottesoffenbarung am Sinai. Ägypten wird dann beschrieben als Land, in dem die Ägypter die „Jungfrau Maria und ihr Neugeborenes“ willkommen heißen hätten und wo Tausende von Märtyrern „in der Verteidigung der Kirche Jesu“ gestorben seien. Schließlich aber sei Mohammed als „Siegel der Propheten“ zur ganzen Menschheit gesandt worden, und so hätten sich auch die Ägypter „für das Licht des Islams“ geöffnet.

Artikel 3 der Verfassung legt fest, dass die „Prinzipien der Gesetze der ägyptischen Christen und Juden“ die Hauptquelle für alle Gesetze darstellen, mit denen ihr persönlicher Status, ihre religiösen Angelegenheiten und die Wahl ihrer geistlichen Führer geregelt werden. Diese beiden Religions-

gemeinschaften können also ihr religiöses Leben und ihre inneren Angelegenheiten nach eigenen Vorstellungen und Traditionen bestimmen und gestalten.

Artikel 53 bestimmt, dass die „Bürger gleich sind vor dem Gesetz“ und nicht diskriminiert werden dürfen, weder aufgrund ihrer Religion, ihres Glaubens, ihres Geschlechts, ihrer Sprache noch irgendeines anderen Grundes. Diskriminierung und die Anstachelung zu Hass gelten als „Verbrechen, die gesetzlich zu bestrafen sind“. Der Staat hat nun laut Verfassung die Aufgabe, „alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen“. Dafür soll eine eigene unabhängige Kommission eingerichtet werden. Auch das Erziehungssystem soll dazu beitragen, Staatsbürgerschaft, Toleranz und Nichtdiskriminierung zu fördern (Artikel 19). Die Religionsfreiheit ist jetzt als absolutes Recht definiert (Artikel 64). Es gibt keine Einschränkungen dafür, was eine Person glauben darf und was nicht. Auch der Religionswechsel ist damit laut Verfassung erlaubt. Allerdings werden ausdrücklich die „Offenbarungsreligionen“ (Islam, Judentum, Christentum) diesem besonderen Schutz unterstellt, für sie sollen gleiche Rechte gelten. Die Kulturfreiheit, das heißt, „religiöse Rituale“ zu praktizieren, und die Freiheit, Gebetsstätten zu errichten, werden ebenfalls durch Artikel 64 garantiert. Speziell für die Gemeinschaft der Christen gibt es noch den Artikel 235, der vorschreibt, dass das (noch zu wählende) Parlament in seiner ersten Legislaturperiode ein Gesetz erlassen soll, in dem der Bau und die Renovierung von Kirchen geregelt werden, so dass „den Christen die Freiheit, ihre religiösen Rituale auszuüben, garantiert wird“. Politische Parteien „auf religiöser Grundlage“ sind nun laut Verfassung verboten (Artikel 74).

Die jetzige Verfassung bietet also in Sachen Religionsfreiheit einige Verbesserungen. Alles hängt jedoch davon ab, inwieweit die Vorgaben der Verfassung dann auch tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden, in der Gesetzgebung, in der Rechtsprechung und im gesellschaftlichen Miteinander. Nach Auffassung von Pater Antoine Rafic Greiche, dem Sprecher der koptisch-katholischen Bischofskonferenz in Ägypten, ist die Vision einer pluralistischen und inklusiven Gesellschaft, wie sie in der Verfassung zum Ausdruck kommt, davon abhängig, dass sie einerseits in die staatlichen Gesetze einfließt und andererseits in die Köpfe und Herzen der Ägypter Eingang findet. Die Mentalität der Menschen müsse sich ändern. Selbst wenn

es entsprechende Gesetze gebe, bestehe Gefahr, dass diese nicht angewendet würden, solange die Mentalität der Menschen sich nicht geändert habe.

### **Solidarität der Regierung mit der christlichen Minderheit**

Als im Februar 2015 von Anhängern der Terrorbewegung „Islamischer Staat“ ein Video ins Internet gestellt wurde, in dem die brutale Enthauptung von 21 koptischen Christen aus Ägypten an der Mittelmeerküste Libyens gezeigt wurde, reagierte die Regierung unter Präsident al-Sisi umgehend und sehr entschlossen. Präsident al-Sisi verurteilte den terroristischen Akt, bezeichnete die Tat als „barbarisch“ und ordnete eine siebentägige Staatstrauer an. Die ägyptische Luftwaffe flog Angriffe gegen Stellungen der IS-Kämpfer und bombardierte Stützpunkte und Waffendepots der Extremisten. Der Präsident suchte auch das Oberhaupt der koptischen Kirche, Patriarch Tawadros II., auf, um ihm und der koptischen Kirche sein Beileid auszusprechen. Die koptische Kirche in Ägypten erklärte die 21 Getöteten umgehend zu Märtyrern. Ihre Namen sind jetzt eingetragen in das Synaxarion, in den liturgischen Kalender der koptisch-orthodoxen Kirche in Ägypten. Ihr feierlicher Gedenktag ist der 15. Februar, in Erinnerung an das Datum, an dem jenes barbarische Video im Internet veröffentlicht wurde. In diesem Video war zu sehen, wie die Opfer mit Worten des Gebetes und des christlichen Bekenntnisses auf ihren Lippen starben. Durch eine Verleugnung ihres Glaubens und den Übertritt zum Islam hätten sie ihr Leben retten können. Sie haben es aber nicht getan, sondern sind ihrem Glauben an Jesus Christus im Angesicht des Todes treu geblieben. „Sie sind echte Märtyrer, auch für uns Katholiken“, so der koptisch-katholische Bischof Kyrillos Samaan von Assiut damals in einem Interview mit der Zeitung „Die Tagespost“. Im Februar 2018 wurde in der Nähe der Stadt Samalut in der Provinz Minya eine neugebaute Kirche eingeweiht, die dem Andenken an diese 21 koptischen Märtyrer dienen soll. 13 der 21 Märtyrer stammten aus der Stadt Samalut. Der Bau dieser Kirche wurde vom Staat finanziert.

Immer wieder betont Präsident al-Sisi seine Nähe zur koptischen Minderheit. Am Abend des 6. Januars 2015 hatte er erstmals an der Mitternachtsmesse zum koptischen Weihnachtsfest in der St.-Markus-Kathedrale in Kairo teilgenommen und dabei auch eine kurze Ansprache gehalten. Das war ein historisches Ereignis, denn in der Vergangenheit waren immer nur

Vertreter des Präsidenten entsandt worden. In seiner Ansprache betonte der Präsident die Einheit des ägyptischen Volkes und die Zusammengehörigkeit von Muslimen und Christen. Entscheidend sei die gemeinsame Staatsbürgerschaft, die unabhängig von kulturellen und religiösen Unterschieden gelte.

Nach einem schweren Terroranschlag auf eine koptische Kirche nahe der Markus-Kathedrale in Kairo im Dezember 2016, bei dem mehr als 25 Menschen getötet wurden, ordnete Präsident al-Sisi die Errichtung einer neuen Kathedrale für die Kopten an. Sie wird in der neuen Verwaltungshauptstadt errichtet, die etwa 45 Kilometer östlich von Kairo entfernt entsteht. In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar 2018 feierte Papst Tawadros II. mit Hunderten Gläubigen in der halbfertigen Kirche den Weihnachtsgottesdienst. Auch diesmal war Präsident al-Sisi zugegen. In einer kurzen Weihnachtsansprache vor der Messe sagte der Präsident, diese neue Kathedrale sei „eine Botschaft an die Welt, eine Botschaft des Friedens und eine Botschaft der Liebe“. Er verband seinen Weihnachtsgruß an die Gläubigen mit der Zusage seiner Solidarität: „Ihr seid unsere Familie, Ihr gehört zu uns, wir sind eins und niemand wird uns auseinanderbringen!“

## **Diskriminierung und Gewalt gegen Christen**

Trotz der in der neuen Verfassung geforderten Gleichberechtigung aller Bürger und trotz der von der Regierung demonstrierten Solidarität mit den Christen erfahren diese im Alltagsleben weiterhin vielfältige Formen der Diskriminierung. Vor allem im Beruf haben sie oft nicht die gleichen Chancen wie ihre muslimischen Mitbürger. Von Schlüsselpositionen in der staatlichen Verwaltung, in der Armee oder Polizei oder im Bildungswesen bleiben sie oft ausgeschlossen. Vor allem waren koptische Christen in den vergangenen Jahren immer wieder auch Opfer von terroristischer Gewalt. Allein seit Ende 2016 wurden bei mehreren Anschlägen auf koptische Kirchen mehr als 100 Christen getötet.

## **Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen**

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle



Auf diesem ägyptischen Straßengraffiti zieht der Ex-Präsident Mohammed Mursi sein Gewand auseinander, und zum Vorschein kommt das Logo der islamistischen Muslimbruderschaft. Mursi war aus den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2012 als Sieger hervorgegangen. Sein Versuch einer raschen Islamisierung von Politik und Gesellschaft führte schnell zu massiven Protesten der Bevölkerung und schließlich zu seinem Sturz im Juli 2013.

spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei Jahre dargestellt.

März 2016: Der vatikanische Pressedienst Fides meldete, dass der ägyptische Oberste Rat für Islamische Angelegenheiten einen Leitfaden veröffentlichten wolle, der dem besseren Schutz christlicher Kirchen vor Angriffen und Gewalt dienen solle. Darin solle auch gezeigt werden, dass die Forderung nach einem respektvollen Zusammenleben unterschiedlicher Religionsgemeinschaften aus dem Koran abgeleitet werden könne. Ebenfalls angekündigt wurde ein Handbuch, das über falsche Lehren im Islam aufklären und so religiösem Extremismus vorbeugen solle.

Mai 2016: Zum Tag der Freundschaft zwischen Kopten und Katholiken übermittelte Papst Franziskus einen Brief an den Patriarchen der koptisch-orthodoxen Kirche in Ägypten, Papst Tawadros II. Darin bringt Papst Franziskus seinen Wunsch zum Ausdruck, die internationale Staatengemeinschaft möge mehr Einsatz zum Schutz der Christen und anderer religiöser Minderheiten im Nahen Osten zeigen. Er hoffe, dass es der Staatengemeinschaft gelinge, „weise und gerecht“ auf die „beispiellose Gewalt“ zu antworten, unter der besonders die Christen in Syrien und im Irak, aber auch andere religiöse Minderheiten im Nahen Osten litten, so Franziskus. „Meine Gedanken und Gebete sind jeden Tag bei den christlichen Gemeinden in Ägypten und im Nahen Osten, wo so viele Elend und tragische Situationen erleben“, versicherte Franziskus in dem Brief.

Oktober 2016: In einem Interview mit der österreichischen katholischen Presseagentur Kathpress äußerte sich der koptisch-orthodoxe Papst Tawadros II. vorsichtig optimistisch über die Zukunft der Christen in Ägypten. Die Zusammenarbeit mit der Regierung und dem Parlament verbessere sich langsam. Als Beispiel nannte er das kürzlich vom Parlament verabschiedete neue Gesetz über den Bau von Kirchen. Nach den neuen Bestimmungen müssen Provinzgouverneure innerhalb von vier Monaten auf Bauanträge für christliche Kirchen reagieren. Wird die Baugenehmigung verweigert, muss der Gouverneur diese Entscheidung begründen. Die christlichen Gemeinden können Berufung dagegen einlegen. Dies sei eine deutliche Verbesserung gegenüber der vorherigen Situation, so

Papst Tawadros II. In der Vergangenheit habe es so gut wie nie Genehmigungen für den Bau neuer Kirchen gegeben. Kritiker des neuen Gesetzes befürchten allerdings, dass es sehr vom Wohlwollen der zuständigen Behörden abhängen werde, ob Baugenehmigungen erteilt würden oder nicht.

Dezember 2016: Bei einem Terroranschlag auf die Kapelle Sankt Peter und Paul, die direkt an die Markus-Kathedrale in Kairo angrenzt, wurden am 11. Dezember 2016 27 Menschen getötet und etwa 50 Personen verletzt. Ein Selbstmordattentäter hatte sich am Sonntagmorgen während eines Gottesdienstes in der Kapelle in die Luft gesprengt. Zu dem Anschlag bekannte sich die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS). Die Markus-Kathedrale in Kairo ist der Sitz des koptisch-orthodoxen Patriarchen und somit die wichtigste Kirche der koptischen Christen. Auch in Alexandria gibt es eine Markus-Kathedrale. Der Sitz des Patriarchen von Alexandria wurde aber im 11. Jahrhundert von Alexandria nach Kairo verlegt. Präsident al-Sisi rief nach dem Anschlag eine dreitägige Staatstrauer aus. Der Großimam der Al-Azhar-Universität, Ahmed Mohammed al-Tayyeb, brachte seine Verbundenheit mit den koptischen Christen zum Ausdruck und erklärte, Angriffe auf Gotteshäuser und die Tötung unschuldiger Menschen seien „Verbrechen, die islamische Grundsätze verletzen“.

Februar 2017: Mit einem Treffen ranghoher Vertreter des Päpstlichen Rats für den interreligiösen Dialog und der sunnitischen Al-Azhar-Universität nahmen der Vatikan und die Al-Azhar-Universität ihren offiziellen Dialog wieder auf. Auf einer zweitägigen Konferenz in Kairo wurde über Strategien gegen religiösen Extremismus gesprochen. Die vatikanische Delegation wurde vom Präsidenten des Päpstlichen Rates für den interreligiösen Dialog, Kardinal Jean-Louis Tauran, geleitet. Der seit 1998 bestehende offizielle Dialog zwischen Vatikan und Al-Azhar war 2011 von der Universität abgebrochen worden, nachdem Papst Benedikt XVI. nach Anschlägen auf Kopten einen besseren Schutz der Christen in Ägypten gefordert hatte. Im Mai 2016 hatte der Leiter der Al-Azhar-Universität, Großscheich Ahmed Mohammed al-Tayyeb, den Papst in Rom besucht. Bei diesem historischen Treffen vereinbarten beide, den katholisch-muslimischen Dialog wieder aufzunehmen. Anschließend gab es mehrere Vorbereitungstreffen auf Arbeitsebene.

Februar 2017: Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) beklagte eine zunehmende Gewalt gegen koptische Christen in Ägypten. In den zurückliegenden drei Wochen seien auf der Sinai-Insel vier Kopten ermordet worden. Viele Christen seien vertrieben worden. Der „Islamische Staat“ (IS) habe ein Video veröffentlicht und die Christen darin zu Feinden des Islams erklärt. Den ägyptischen Behörden warf die Menschenrechtsorganisation vor, den religiösen Extremismus nicht ernst genug zu nehmen. „Bisher weigert sich die ägyptische Regierung anzuerkennen, dass der Terror eine religiöse Komponente hat“, so IGFM-Sprecher Martin Lesenthin.

Februar 2017: Unter der Schirmherrschaft des ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi fand in Kairo eine muslimisch-christliche Konferenz statt. Wie arabische Medien berichteten, rief der Großscheich der islamischen Al-Azhar-Universität, Ahmed Mohammed al-Tayyeb, dabei zu Verständigung und Versöhnung zwischen den Religionsführern auf: „Wenn es nicht zunächst Frieden zwischen den Befürwortern der Religion gibt, können sie ihn auch nicht dem Volk bringen.“ Nötig sei eine bessere religiöse Bildung der Menschen. Den Islam für Terrorakte verantwortlich zu machen, zeuge von einer mangelnden Kenntnis über die Lehren des Islam, so al-Tayyeb. Auch der koptische Papst Tawadros II. forderte mehr Bildung und Aufklärung. Die „Unkenntnis des Anderen“ sei einer der Hauptgründe für religiösen Extremismus. Ein falsches Religionsverständnis habe in Ägypten zu extremistischem Gedankengut und Terrorismus geführt, sagte Tawadros. Unter den weiteren Teilnehmern waren auch der Maronitenpatriarch Kardinal Bechara Rai und der Präsident des Lutherischen Weltbundes, Bischof Munib Younan.

März 2017: In einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) äußerte sich der koptisch-katholische Bischof von Assiut, Kyrillos William, sehr positiv über die Beziehungen zwischen den Christen und den Muslimen in Ägypten. Es gebe große Fortschritte im Zusammenleben. Seit dem Amtsantritt von Präsident Abdel Fattah al-Sisi „merken wir viele Zeichen der Besserung“, so der Bischof. Zwar seien die Christen noch immer Bürger zweiter Klasse in Ägypten, doch Präsident al-Sisi sei sich „voll bewusst, dass unser Land nur eine Zukunft hat, wenn alle Ägypter zusammenhalten“. Vorbildlich sei ein christlich-muslimisches Großprojekt in der

neuen Hauptstadt Neu-Kairo. Auf Initiative des Präsidenten würden dort die größte Kirche und die größte Moschee des Landes entstehen, in unmittelbarer Nachbarschaft, verbunden durch ein Zentrum für den interreligiösen Dialog. Finanziert werde das Projekt durch Spenden. Dabei könne man aber nur für das Gesamtprojekt spenden und nicht etwa nur für die Moschee. Eine große Gefahr für die Christen in Ägypten stelle der „Islamische Staat“ (IS) dar, so Bischof Kyrillos.

April 2017: Bei einem terroristischen Doppelanschlag auf zwei koptische Kirchen kamen am 9. April 2017 (Palmsonntag) 45 Menschen ums Leben. Mehr als 120 Personen wurden verletzt. In der Stadt Tanta im Norden Ägyptens sprengte sich der Attentäter in der großen Sankt-Georgs-Kirche während des gut besuchten Gottesdienstes in die Luft. In der Küstenstadt Alexandria konnte der Selbstmordattentäter von der Polizei daran gehindert werden, in die Sankt-Markus-Kathedrale einzudringen, wo das kirchliche Oberhaupt der koptischen Christen, Papst Tawadros II., den Gottesdienst feierte. Trotzdem zündete der Attentäter seine Bombe und riss 17 Menschen mit in den Tod. Zu den Anschlägen bekannte sich die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS). Staatspräsident al-Sisi bekundete Papst Tawadros II. am Gründonnerstag in einem persönlichen Kondolenzbesuch sein Beileid. Ein Armeesprecher gab einige Tage nach den beiden Anschlägen bekannt, dass die Armee die Beseitigung der Schäden in den betroffenen Kirchen finanzieren werde.

April 2017: Bei einem Terroranschlag in unmittelbarer Nähe des berühmten Katharinenklosters auf der Sinai-Halbinsel am 18. April 2017 wurde ein Polizist getötet und vier weitere wurden verletzt. Zu der Tat bekannte sich eine Gruppierung, die der Terrormiliz „Islamischer Staat“ nahesteht.

April 2017: Vom 28. bis 29. April 2017 hielt sich Papst Franziskus in Kairo auf, um an einer internationalen Friedenskonferenz an der Universität Al-Azhar teilzunehmen. Diese Universität gilt als weltweit wichtigste theologische Hochschule des sunnitischen Islam. Zu der Friedenskonferenz eingeladen hatte der Leiter der Al-Azhar, Großimam Ahmed Mohammed al-Tayyeb. Hochrangige Vertreter aus der islamischen Welt und der Kirche nahmen teil, so auch das Ehrenoberhaupt der orthodoxen Christen, Patriarch Bartholomaios I. und Patriarchen der Kirchen des Nahen Ostens. Auf

dieser Konferenz forderte Papst Franziskus „ein deutliches und eindeutiges ‚Nein‘ zu jeglicher Form von Gewalt, Rache und Hass, die im Namen der Religion oder im Namen Gottes begangen werden“. Religiöse Führer hätten die Aufgabe, religiös motivierte Gewalt als „götzendienliche Verfälschung Gottes“ zu entlarven und zu verurteilen, verlangte Franziskus. Gott sei ein „Gott des Friedens, Gott salam. Deshalb ist nur der Frieden heilig und kann im Namen Gottes keine Gewalt verübt werden, weil sie seinen Namen verunehren würde“, so der Papst. Die Religion sei „heute wahrscheinlich mehr denn je“ gerufen, aktiv den Frieden zu fördern. Zum Auftakt der Veranstaltung hatte Großscheich Ahmed al-Tayyeb die Teilnehmer zu einer Gedenkminute für die Toten, die am Palmsonntag bei einem Doppelanschlag auf zwei koptische Kirche ums Leben gekommen waren, aufgerufen. Als Ursachen der Gewalt nannte al-Tayyeb den internationalen Waffenhandel und ein künstliches Schüren von Konflikten. Geistliche Führer müssten die Religion von falschen Ideen und Praktiken befreien, die zu Gewalt führten, so der Großscheich. Dabei warnte er vor einer Verunglimpfung des Islam. Man könne nicht eine ganze Religion für die Taten einer kleinen Gruppe von Fanatikern verantwortlich machen. „Der Islam ist keine Religion des Terrorismus“, selbst wenn einige versuchen würden, den Islam zu manipulieren, um so ihre Taten zu rechtfertigen, erklärte al-Tayyeb. Auf dem Besuchsprogramm des Papstes standen auch Treffen mit Staatspräsident Abdel Fattah al-Sisi und mit dem koptischen Papst Tawadros II. In einer Gebetsandacht in der koptischen Peter-und-Paul-Kirche erinnerten Franziskus und Tawadros II. an die Opfer des Anschlags vom 11. Dezember 2016. Am Anschlagort entzündeten sie Kerzen und legten unter den Fotos der Getöteten Blumen nieder. Bei dem Attentat waren 29 Menschen ums Leben gekommen und 31 verletzt worden.

Mai 2017: Positiv äußerte sich der Afrika-Experte Ulrich Delius von der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) über einige Fortschritte bei der Strafverfolgung im Zusammenhang mit den letzten Terroranschlägen auf koptische Christen. Gegen 48 Drahtzieher der Anschläge vom Dezember 2016 und von Palmsonntag 2017 seien jetzt Strafverfahren vor einem Militärgericht eingeleitet worden. Das sei ein „wichtiger Schritt im Kampf gegen Straflosigkeit für Verbrechen an Kopten in Ägypten“, so Delius. Zu wünschen sei aber, dass die Justiz auch die „alltägliche Gewalt gegen Christen und ihre Einrichtungen vor allem in Mittel- und Oberägypten erns-

ter nimmt“. Die 48 Beschuldigten sollen Terrorzellen der Miliz „Islamischer Staat“ (IS) aufgebaut haben, um Anschläge auf Kirchen vorzubereiten.

Mai 2017: Am 26. Mai 2017 überfielen bewaffnete Terroristen nahe der Stadt Al-Minya einen Bus mit christlichen Pilgern, die zum Kloster Anba Samuel rund 250 Kilometer südlich von Kairo unterwegs waren. Bei dem Überfall wurden 29 koptische Christen erschossen und mehr als zwei Dutzend teilweise schwer verletzt. Die Terrormiliz „Islamischer Staat“ bekannte sich zu der Tat. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) warf der ägyptischen Regierung Versagen beim Schutz der christlichen Minderheit vor terroristischer Gewalt vor. Niemals zuvor hätten Ägyptens Kopten so viele Menschen in so kurzer Zeit durch religiös motivierte Gewalt verloren, wie in den vergangenen Monaten, meinte der GfbV-Afrika-Referent Ulrich Delius. Die Kopten fühlten sich „mehr denn je zuvor als schutzlose Zielscheibe islamistischer Gewalt“, so Delius.

Juni 2017: In einem Interview mit der ARD und dem Deutschlandfunk forderte der ägyptische Präsident Abdel Fattah al-Sisi stärkere internationale Anstrengungen im Kampf gegen den Terrorismus: „Wir müssen uns mit dem gesamten extremistischen Gedankengut auseinandersetzen.“ Den Terror nur mit militärischen Mitteln und durch Sicherheitskräfte zu bekämpfen, reiche nicht aus. „Die falsch verstandenen Lehren in der Religion muss man korrigieren. Und den Menschen zeigen, wie falsch sie sind“, so der Präsident. Außerdem müsse man genau untersuchen, woher die Terrorgruppen ihre Ausrüstung und ihre finanziellen Mittel bekämen.

Juni 2017: Nach Angaben des Innenministeriums konnte die Polizei einen Terroranschlag auf eine koptische Kirche in Alexandria in letzter Minute verhindern. Sechs Terrorverdächtige wurden festgenommen, darunter zwei mutmaßliche Selbstmordattentäter.

Juli 2017: Aus Angst vor weiteren terroristischen Anschlägen sagte die koptische Kirche einen Teil ihrer Aktivitäten für den Monat Juli ab. Betroffen waren alle Versammlungen auf öffentlichen Plätzen vor Kirchen und Klöstern sowie kirchliche Konferenzen und öffentliche Kundgebungen. Papst Tawadros II. hatte seine Gemeinden darum gebeten, wie Radio Vatikan berichtete.

September 2017: Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch veröffentlichte einen Bericht, in dem sie ägyptischen Sicherheitskräften schwere Folter von politischen Gefangenen vorwirft. Diese sei in Ägypten weit verbreitet und werde systematisch angewandt.

September 2017: Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) wirft den ägyptischen Behörden Willkür im Umgang mit koptischen Christen in Angelegenheiten der Religionsfreiheit vor. So seien in den vergangenen Monaten mindestens 58 koptische Kirchen auf staatliche Anordnung geschlossen worden – angeblich aus Sicherheitsgründen. „Dies ist ein massiver Eingriff in die Glaubensfreiheit koptischer Christen und macht deutlich, dass Kopten in dem mehrheitlich muslimischen Land noch immer nicht als gleichberechtigte Bürger anerkannt sind“, wurde GfbV-Direktor Ulrich Delius von der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) zitiert. Besonders betroffen sei die Region Oberägypten. Dort seien in vielen Dörfern nach Protesten von Muslimen aus der Nachbarschaft Kirchen von der Polizei geschlossen worden. Die Polizei habe zudem argumentiert, sie könne die christlichen Gemeinden nicht wirksam vor Terrorangriffen schützen. Das sei jedoch, so Delius, „ein Armutszeugnis für Ägyptens Polizei und Armee“. Es sei Aufgabe des Staates, das in der Verfassung garantierte Recht auf Religionsfreiheit auch für alle Bürger zu gewährleisten. „Es kann nicht angehen, dass wegen Einschüchterungen und Pöbeleien von muslimischen Extremisten vielen Kopten die Ausübung ihres Glaubens verweigert wird,“ so Delius. Das sei für die Christen ein „tiefer Einschnitt“, da sie meist keine alternativen Orte für ihre Gottesdienste hätten.

Oktober 2017: Bei einer Messerattacke durch einen 19-jährigen Ägypter wurde in einem Vorort von Kairo ein koptisch-orthodoxer Priester aus dem oberägyptischen Bani Suef getötet. Ein weiterer Priester wurde verletzt. Der Mörder wurde im Februar 2018 von einem Gericht für schuldig befunden und zum Tod verurteilt.

November 2017: Mehr als 300 Tote und über 100 Verletzte waren die Folge eines der blutigsten Terroranschläge der letzten Jahre in Ägypten. Er ereignete sich am 24. November 2017 im Norden der Sinai-Halbinsel. Mehrere Dutzend Kämpfer mit Flaggen des „Islamischen Staates“ (IS) umstellten

dort während des Freitagsgebets eine vollbesetzte Moschee, die von Anhängern des Sufismus genutzt wird. Dann warfen sie Sprengsätze und schossen auf die Fliehenden. Der Anschlag löste weltweit Empörung und Entsetzen aus. Auch Papst Franziskus verurteilte das Attentat und bezeichnete es in einem Beileidstelegramm an das ägyptische Volk als „Akt der Brutalität gegen unschuldige Bürger, die im Gebet versammelt waren.“ Beim Angelusgebet am darauffolgenden Sonntag betete der Papst mit Tausenden Gläubigen, die sich auf dem Petersplatz versammelt hatten, in einer Schweigeminute für die Opfer des Anschlags. „Gott befreie uns von diesen Tragödien und stärke die Bemühungen aller, die für Frieden, Eintracht und Zusammenleben wirken“, sagte der Papst.

Dezember 2017: Am 22. Dezember 2017 wurde eine Kirche in Gizeh, nahe Kairo, von einer Gruppe aufgebrachter muslimischer Männer überfallen. Nach dem muslimischen Freitagsgebet drangen die Männer in die Kirche ein und zerstörten Teile der Einrichtung. Einige anwesende Christen wurden tödlich angegriffen.

Dezember 2017: Am 29. Dezember 2017 starben bei einem Überfall auf ein Geschäft koptischer Christen und einem anschließenden Anschlag auf eine koptische Kirche acht Christen und ein muslimischer Polizist. Der Vorfall ereignete sich in der Stadt Helwan, einige Kilometer südlich von Kairo. Zwei Männer tauchten vor der Kirche Mar Mina auf, einer von ihnen schoss mit seinem Sturmgewehr auf die Wachleute und auf Gläubige, die aus der Kirche herauskamen. Der Angreifer konnte von der Polizei schließlich überwältigt und festgenommen werden. Der Attentäter soll auch einen Sprengstoffgürtel getragen haben. Wenn es ihm gelungen wäre, in die Kirche einzudringen, hätte es vermutlich ein noch größeres Blutbad gegeben.

Januar 2018: In der Nacht vom 6. auf den 7. Januar 2018 feierte die koptisch-orthodoxe Kirche erstmals einen Gottesdienst in ihrer halb fertiggestellten Kathedrale, die in der neuen Verwaltungshauptstadt liegt, die etwa 45 Kilometer östlich von Kairo entsteht. Der koptisch-orthodoxe Papst und Patriarch Tawadros II. leitete dort den festlichen Weihnachtsgottesdienst. Präsident al-Sisi hatte den Bau dieser Kathedrale angeordnet. Auslöser dafür war der schwere Terroranschlag auf eine koptische

Kirche nahe der Markus-Kathedrale in Kairo im Dezember 2016, bei dem mehr als 25 Menschen getötet wurden. Die neue Kathedrale trägt den Namen „Christi Geburt“ und soll, wenn sie fertiggestellt ist, mehr als 8000 Gläubigen Platz bieten. Sie wird dann die größte Kirche im Nahen Osten sein. In einer kurzen Weihnachtsansprache vor der Messe überbrachte Präsident al-Sisi persönlich seine Grüße an die Gläubigen. Nach seinen Vorstellungen soll die neue Kathedrale ein Symbol für die Einheit und das friedliche Zusammenleben von Christen und Muslimen in Ägypten darstellen: „Ihr seid unsere Familie, Ihr gehört zu uns, wir sind eins und niemand wird uns auseinanderbringen!“ Wie gefährdet die Lage der Christen aber nach wie vor ist, zeigte sich daran, dass die Polizei rund um die Kathedrale massive Absperrungen errichtet hatte und scharfe Zugangskontrollen durchführte.

Januar 2018: Auf Vorschlag von Staatspräsident al-Sisi und nach Beschluss des Parlaments wurde zum dritten Mal der Ausnahmezustand um drei weitere Monate verlängert. Die Notstandsgesetze räumen dem Präsidenten zusätzliche Befugnisse ein. So kann er unter anderem die Versammlungs- und Bewegungsfreiheit einschränken und Einfluss auf die Medien nehmen. Der Ausnahmezustand war erstmals im April 2017 ausgerufen worden, nachdem bei Selbstmordanschlägen auf zwei koptische Kirchen in Alexandria und in Tanta 45 Menschen getötet und über 100 verletzt worden waren.

Januar 2018: Die deutsche Sektion der Menschenrechtsorganisation Amnesty International vergibt den Menschenrechtspreis 2018 an das ägyptische Nadeem-Zentrum in Kairo. Diese Organisation setzt sich für die Rehabilitierung von Opfern von Gewalt und Folter ein und betreut diese medizinisch und psychologisch. Außerdem dokumentieren sie schwere Menschenrechtsverletzungen. Markus N. Beeko, der Generalsekretär der deutschen Sektion von Amnesty International, kritisierte die aktuelle Lage in Ägypten: „Sieben Jahre nach Beginn der ägyptischen Revolution befindet sich die Menschenrechtssituation in Ägypten auf einem Tiefpunkt. Die Regierung von Präsident Abdel Fattah al-Sisi geht systematisch gegen politische Gegner vor.“ Polizei und Geheimdienste seien für schwere Verbrechen wie Folter, Verschwindenlassen und außergerichtliche Tötungen verantwortlich. Das Nadeem-Zentrum erfährt seit 2016 einen massiven

Druck staatlicher Behörden. Im Februar 2017 musste es auf Anweisung des Staates seine Spezialklinik für die Behandlung von Folter und Gewalt schließen.

Februar 2018: Am 15. Februar 2018 wurde in einem Dorf in der Nähe der Stadt Samalut in der Provinz Minya eine Kirche geweiht, die dem Andenken an die 21 ägyptischen Märtyrer dienen soll, die Anfang 2015 in Libyen an der Mittelmeerküste auf brutale Weise von Kämpfern der Terrormiliz „Islamischer Staat“ enthauptet wurden. Die Aktion war gefilmt und das Video am 15. Februar 2015 ins Internet gestellt worden. Die koptische Kirche in Ägypten hat die 21 Getöteten damals umgehend zu Märtyrern erklärt und den 15. Februar als Gedenktag in ihren Heiligenkalender eingetragen. In dem Videofilm war zu sehen, wie die Opfer mit Worten des Gebetes und des christlichen Bekenntnisses auf ihren Lippen starben. Durch eine Verleugnung ihres Glaubens und den Übertritt zum Islam hätten sie ihr Leben retten können. Sie haben es aber nicht getan, sondern sind Jesus Christus im Angesicht des Todes treu geblieben. „Sie sind echte Märtyrer, auch für uns Katholiken“, sagte der koptisch-katholische Bischof Kyrillos Samaan von Assiut damals in einem Interview mit der Zeitung „Die Tagespost“. Auch Papst Franziskus würdigte die ermordeten Christen als Märtyrer. Die muslimische al-Azhar-Universität in Kairo verurteilte die Tötungen als barbarischen Akt. Der Gouverneur der Provinz, aus der die meisten Märtyrer stammen, kündigte sehr bald den Bau einer großen Gedächtniskirche auf Staatskosten an.

März 2018: Vor der Präsidentenwahl in Ägypten kritisierte Amnesty International die schwierige Menschenrechtslage in dem Land. „Die ägyptische Regierung schränkt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit ein und gefährdet das Recht auf politische Teilhabe des ägyptischen Volkes“, sagte der Generalsekretär von Amnesty International Deutschland, Markus Beeko. Die Lage habe sich in den Wochen vor der Wahl weiter zugespitzt. Politische Gegner würden von der Regierung unter Präsident al-Sisi unterdrückt und systematisch ausgeschaltet. Auch die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) äußerte scharfe Kritik an der ägyptischen Regierung. Ägypten sei „inzwischen eine Diktatur, die noch willkürlicher und grausamer herrsche als die des früheren Langzeitdiktators Hosni Mubarak“.

März 2018: Mit 97 Prozent Zustimmung (bei einer Wahlbeteiligung von knapp 42 Prozent) wurde Präsident al-Sisi im Amt bestätigt. Sämtliche ernsthaften Gegenkandidaten des Präsidenten waren verhaftet worden oder hatten unter politischem Druck ihre Bewerbung zurückgezogen.

## **Quellen**

- *Amnesty International*
- *Asia News (Nachrichtendienst des Päpstlichen Instituts für die auswärtigen Missionen – PIME)*
- *Deutsche Welle (DW): [www.dw.com](http://www.dw.com)*
- *Die Tagespost*
- *Human Rights Watch*
- *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *[www.constituteproject.org/constitution/Egypt\\_2014.pdf](http://www.constituteproject.org/constitution/Egypt_2014.pdf)*
- *Zenit (Nachrichtenagentur)*